



Presseschau vom 08.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: USA verhängen Visa-Sperre gegen Mitglieder der Gründungsversammlung Venezuelas

Laut dem US-Sondergesandten für Venezuela, Elliot Abrams, haben die USA Visa-Beschränkungen gegen Mitglieder der Gründungsversammlung Venezuelas eingeführt.

„Wir führen Visa-Beschränkungen ein und annullieren die Visa der Mitglieder der illegalen Gründungsversammlung“, teilte Abrams mit.

Im vergangenen Monat begannen in Caracas Massenproteste gegen den agierenden Staatschef Venezuelas, Nicolas Maduro.

Am 23. Januar hatte sich der Präsident der Nationalversammlung von Venezuela (Asamblea Nacional), Juan Guaidó, während der Proteste im Land zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt.

Die USA und einige lateinamerikanische Staaten erkannten Guaidó umgehend als Interimsstaatschef an. Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den USA inszenierten Putsch-Versuch sprach.

lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat bei einem Treffen mit dem Bürgermeister des Bezirks Slawjanoserbsk Alexandr Dejneka die erhöhten Preise für Lebensmittel in der Region als nicht hinnehmbar bezeichnet und die örtlichen Behörden angewiesen, einen Ort zu finden, wo ein Geschäft des staatlichen Unternehmens „Kette Sozialer Supermärkte ‚Narodnyj‘“ eröffnet werden kann.

„Insgesamt sind die Preise für Lebensmittel bei uns höher als in der Republik im allgemeinen. In erster Linie liegt dies an der Logistik, viele Lieferanten wollen nicht in abgelegene Gebiete fahren“, erklärte Dejneka.

„Erstellen Sie einen Bericht, damit ich weiß, wer sich weigert hierhin zu liefern, aus welchem Grund, weil ich meine, dass es umgekehrt sein muss: die Menschen, die in der frontnahen Zone leben, die Menschen die ohnehin unter dem Beschuss leiden, unter zerstörten Häusern und Infrastruktur, und dann liefern wir ihnen noch teure Lebensmittel – das ist absolut nicht richtig. Diese Situation muss verändert werden und wir werden sie gemeinsam verändern“, unterstrich Paseschnik.

„Mir liegen Informationen vor, dass im Bezirk Slawjanoserbsk der Preis für Hühnerfleisch im Durchschnitt bei 149-150 Rubel liegt. Wenn er in einem Narodnyj-Supermarkt bei 116 Rubel liegen wird, werden die Menschen mit Vergnügen dort kaufen“, meint das Oberhaupt der LVR:

Der Bürgermeister sagte zu, eine passende Räumlichkeit zu finden.

vormittags:

de.sputniknews.com: Warum setzt Paris RT und Sputnik unter Druck? Russlands Botschafter klärt auf

Der russische Botschafter in Frankreich Alexej Meschkow hat im Gespräch mit Sputnik offenbart, warum seiner Ansicht nach Paris eine Hetzkampagne gegen die Nachrichtenagenturen RT und Sputnik führt.

Zuvor hatte das russische Außenministerium eine Protestnote an Paris geschickt, nachdem der französische Präsident, Emmanuel Macron, den Fernsehsender RT der „Einmischung“ in die Proteste der Gelbwesten beschuldigt hatte.

Laut Meschkow ist es bezeichnend, dass die Angriffe der französischen Behörden gegen die Journalisten gerichtet sind, die für das französische Publikum arbeiten.

„Der Grund dafür ist meiner Meinung nach einfach und uralte. Wie eine Volksweisheit besagt, tut die Wahrheit weh. Und wenn man auf Augenhöhe nicht streiten kann, nichts einzuwenden und keine logischen Argumente zur Hand hat, dann kann man den Gegner bloß niederschreien oder ihm den Mund stopfen“, so Meschkow.

Der Botschafter meint, dass diese Situation in der nahen Zukunft kaum zu ändern sei.

„Wir machen unsere französischen Partner regelmäßig auf die Unzulässigkeit der Journalistendiskriminierung aufmerksam. Leider ist die Antwort immer dieselbe: ‚Wir haben nichts gegen Journalisten, aber mit Propagandisten werden wir nicht sprechen‘. Darüber geht ihre Argumentation nicht hinaus“, erklärte der Diplomat.

Nach Angaben der Zeitung „Le Point“ hatte Macron bei einem Treffen mit Journalisten erklärt, dass die Gelbwesten Anweisungen aus dem Ausland erhalten haben sollen und ihre Aktivitäten angeblich von gekauften Accounts in Sozialnetzen sowie von Trollen unterstützt würden. Dazu zählte Macron den russischen Fernsehsender RT sowie die Agentur Sputnik.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, wies die Anschuldigungen entschieden zurück und bezeichnete Macron als „den größten Produzenten von Fake News in Frankreich“.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Donezkij und Prischib**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Russischer UN-Botschafter: Kosovo-Armee besteht weitgehend aus Terroristen**

Der russische Botschafter bei der Uno, Wassili Nebensja, hat sich über die Ausbildung kosovarischer Soldaten durch die USA und Nato besorgt geäußert. Laut dem Diplomaten gibt es keine Garantie, dass diese Streitkräfte nicht eines Tages gegen die serbische Bevölkerung eingesetzt werden.

Nebensja betonte zugleich, dass die Streitkräfte des Kosovo weitgehend aus Terroristen bestünden.

„Mit der Unterstützung der USA und der Nato läuft die Ausbildung der kosovoalbanischen Militärs, Lieferungen von Waffen und Kriegstechnik werden hochgefahren“, so Nebensja.

„Garantien, dass die sogenannten Streitkräfte des Kosovo, die zu einem großen Teil aus Terroristen der Befreiungsarmee des Kosovo bestehen, nicht gegen die serbische Bevölkerung eingesetzt werden, gibt es keine.“

Verbrechen gegen die Serben im Kosovo und deren Vermögen sei Alltag in der abtrünnigen Republik. Dabei kämen die Täter nicht selten unbestraft davon.

Die Region bleibt laut dem russischen UN-Botschafter weiterhin eine „bequeme“ Zone für die Anwerbung von Radikalen und sei eine Anlaufstelle für Rückkehrer aus Syrien und dem Irak. Laut ihm ist der Kosovo die „Hauptquelle für Instabilität in der Balkan-Region“. Er warf dem Westen vor, die wahre Lage in der Region verschweigen zu wollen, die „äußerst instabil“ sei und jederzeit aus dem Ruder laufen könne.

Das Kosovo hatte am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit erklärt, die Serbien, Russland, China, Israel, der Iran, Spanien, Griechenland und eine Reihe weiterer Länder nicht anerkennen.

Im Jahr 1999 wurde die bewaffnete Auseinandersetzung der Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) und der serbischen Armee zum Anlass von Nato-Bombardements.

Die Nato hatte die Republik Jugoslawien vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 bombardiert. Die Notwendigkeit der Operation Allied Force wurde mit angeblichen „ethnischen Säuberungen“ im Kosovo und Metochien seitens Serbiens begründet. Nach Einschätzungen der jugoslawischen Seite kamen dabei mehr als 2500 Zivilisten ums Leben.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32388/20/323882088.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 06. Februar 3:00 Uhr bis 07. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 16.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo), Wasiljewka, Spartak, Donezk (Terminal, Volvo-Zentrum), Dokutschajewsk, Dsershinskoje, Leninskoje, Sachanka.**

Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben die BFU zwei Stunden lang das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke beschossen und einen rechtzeitigen Schichtwechsel behindert. Das Personal der Station war gezwungen, den Schutzraum aufzusuchen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 388.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 194.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **Russlands öffentlicher Verkehr überrascht schwedische Journalistin**

In ihrem Artikel für die schwedische Tageszeitung „Dagens Nyheter“ hat die Journalistin Anna-Lena Lauren ihre Eindrücke vom öffentlichen Verkehr in Russland geschildert.

Besonders begeistert zeigte sie sich von seiner Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit.

Den Begriff „Schneechaos“ gebe es in der russischen Sprache nicht. Denn die Züge würden in Russland bei jeder Witterung fahrplanmäßig ankommen.

„In Russland nehme ich fast jeden Tag die U-Bahn und den O-Bus. Der öffentliche Verkehr in Moskau ist hoch entwickelt: Es gibt Busse, Oberleitungsbusse, eine Straßenbahn, eine U-Bahn und Schnellzüge. Hunderttausende Menschen fahren jeden Morgen mit der Schnellbahn von den Vororten in die Innenstadt“, berichtet Lauren.

Zwar seien zum Bersten volle Busse, Staus und das ohrenbetäubende Getöse der U-Bahn nicht besonders angenehm, aber „die Tatsache bleibt: Auf den russischen öffentlichen Verkehr kann man sich verlassen“, räumt die Autorin ein.

Im Winter sei der öffentliche Verkehr in Moskau sicherer als Taxis, weil viele Taxifahrer ohne Winterreifen fahren würden.

Außerdem zeigte sich Lauren von der Eisenbahn in Russland begeistert. Denn in Sibirien gebe es sogar bei extremer Kälte fast nie Probleme mit der Zugverbindung.

„In diesem Fall ist der Unterschied zwischen Schweden und Russland sehr einfach. Es geht um die Anzahl der helfenden Hände. Bei einem Unwetter schickt die Russische Eisenbahn sofort Menschen an den Ort. Wenn nötig lösen sie das Problem mitten in der Nacht“, merkt die Journalistin an.

Dies sei möglich, weil es in Russland immer noch als normal gelte, dass die überwiegende Mehrheit der Bahnangestellten hauptsächlich körperliche Arbeit leiste.

„Ich hoffe, dass die Modernisierung bei der Kontrolle des Eisenbahnzustands niemals Russland erreichen wird“, resümiert Lauren.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32388/12/323881288.jpg>

Dan-news.info: „Heute um 8:05 Uhr haben die bewaffneten Formationen der Ukraine aus Richtung Wodjanoje **Leninskoje** beschossen. Es wurden 14 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit. Bereits um 7:55 Uhr hatten die BFU 12 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf **Sachanka**, ebenfalls im Süden der Republik, abgefeuert.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Wegen S-400-Kaufs: USA stellen Ankara Ultimatum – Zeitung**

Die Vereinigten Staaten werden ihre Patriot-Systeme nicht an die Türkei liefern, wenn Ankara nicht auf die Beschaffung russischer S-400 verzichtet, wie die Zeitung Yeni Safak mitteilt. Dem Blatt zufolge wurde das Ultimatum von einem hochrangigen Vertreter der US-Administration verlautbart.

Unter anderem besprach der US-Vertreter laut Zeitungsangaben die Krise in Venezuela und rief die Türkei dazu auf, den selbsternannten Übergangspräsidenten Juan Guaido zu unterstützen.

Das US-Außenministerium hatte am 19. Dezember einen Beschluss über den Verkauf von Fla-Raketenkomplexen „Patriot“ an die Türkei gebilligt. Die Summe des Deals betrage 3,5 Milliarden US-Dollar. Das Land werde zudem Radare 4 AN/MQP-65 und andere Ausrüstung bekommen.

Diese Vereinbarung warf wieder Fragen darüber auf, ob die Türkei auf den Kauf russischer S-400-Systeme verzichten würde.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32388/57/323885727.jpg>

wpered.su: In Donezk wurde das Andenken des Kommunisten Wsewolod Petrowskij geehrt

In Donezk, in der Schule Nr. 30, wurde das Andenken des Kommunisten, Journalisten und Soldaten der Brigade „Prisrak“ Wsewolod Petrowskij geehrt. Heute, am 8. Februar, ist der vierte Jahrestag seines Todes bei der Befreiung von Debalzewo, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Nach den Worten der Eltern, Wjatscheslaw und Tatjana Petrowskij, hielt Wsewolod seine Handlungen niemals für Heldentaten, weil er sie als seine Pflicht sah. Sie wünschten den jungen Leuten, ein genauso erfülltes Leben zu verbringen, wie es Sewa lebte.

Während der Veranstaltung lasen die Schüler der Schule Verse, die Wsewolod Petrowskij gedichtet hatte, und Mitglieder des Schriftstellerverbandes der DVR lasen aus ihren Werken, die sie zu seinen Ehren verfasst haben.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/02/IMG_20190208_143915-1024x768.jpg

de.sputniknews.com: **Kosovo als UN-Mitglied? Brüssels „getarnter Kapitulationsaufruf“ an Belgrad**

Die EU-Parlamentswahl rückt immer näher, aber Brüssel hat weiterhin keine Erfolge in der Kosovo-Frage vorzuweisen. Der EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik hofft dennoch, die kosovarischen Albaner und die Serben „gute Freunde“ werden zu lassen.

Doch Belgrad hat kein Interesse daran, bei allen Forderungen der Albaner einzulenken - vor allem bei etlichen kritischen Fragen für die Serben im Norden des Kosovos, bei denen sie leer ausgehen würden.

Die EU-Führung, deren Tage an der Macht quasi gezählt sind (im Mai findet die nächste EU-Parlamentswahl statt), will sich nicht eingestehen, dass sie als Vermittler bei den Kosovo-Verhandlungen gescheitert ist. Sie will um jeden Preis die Unterzeichnung eines rechtlich verpflichtenden Abkommens zwischen Belgrad und Pristina voranbringen.

Laut der kosovarischen Zeitung „Koha Ditore“ hat sich der EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Johannes Hahn, für die Fortsetzung der Kosovo-Verhandlungen „in einem besonderen Format“ ausgesprochen. Nachdem sich Pristina mehrmals geweigert hatte, die 100-prozentigen Importzölle für Waren aus Zentralserbien und Bosnien-Herzegowina abzuschaffen, während Belgrad jegliche Gespräche mit Pristina vor der Abschaffung der Importzölle ausschloss, hat Hahn beschlossen, den Dialog über die Zölle auf die Tagesordnung der Verhandlungen zu setzen.

Die Politologin Jelena Vukoicic brachte in einem Interview mit Sputnik ihre Zweifel zum Ausdruck, dass die EU-Führung – nicht nur die jetzige, sondern auch die künftige – grundsätzlich in der Lage wäre, die Kosovo-Frage zu regeln. Denn Brüssel habe eigentlich genug Zeit gehabt, um seine Möglichkeiten zu zeigen (die Verhandlungen zwischen Belgrad und Pristina laufen immerhin seit 2011), aber sei dabei gescheitert.

Zudem verwies die Expertin darauf, dass die Kosovo-Albaner die Meinung der EU-Führung einfach ignorieren und nur der US-Administration gehorchen. Hahns Initiative bezeichnete Vukoicic als „Brüssels klassische Scheinheiligkeit“.

„Jedes Mal, wenn die Kosovo-Albaner den Dialog ausbremsten, wenn sie durch Erpressung, Drohungen und Provokationen versuchten, Serbien zum Einlenken zu zwingen, bestrafte die EU aus irgendwelchen Gründen sowohl Belgrad als auch Pristina – oder rief beide Seiten zur Entspannung und zur Fortsetzung des Dialogs auf“, so die Politologin.

Sie zeigte sich überzeugt, dass Brüssels neuste Initiative ein getarnter Kapitulationsaufruf an Belgrad sei: „Wir sehen, wie sie bei allem, was die Albaner anrichten, ein Auge zudrücken und darauf bestehen, dass Belgrad die Verhandlungen fortsetzt, während Pristina versucht, das Industriekombinat Trepča in Besitz zu bekommen, das größtenteils der Republik Serbien gehört und eine strategische Bedeutung für die Serben hat. Zudem verweigert Kosovo die Abschaffung der Importzölle und droht mit der Besetzung des Nordens. Daraus kann man schließen, dass die EU möglicherweise will, dass wir die Verhandlungen fortsetzen, damit die Albaner alles und die Serben nichts bekommen.“

Der Expertin zufolge bemüht sich Brüssel – egal was seine Vertreter behaupten – darum, dass diese Geschichte mit der Unterzeichnung eines Abkommens endet, dem zufolge Serbien Kosovo anerkennen würde, so dass die selbsternannte Republik UN-Mitglied wird.

Vukoicic unterstrich, dass die EU-Führung Belgrad zur Fortsetzung der Gespräche deswegen zwingen wolle, weil sie Pristina von der Verantwortung für rechtlich fragliche radikale antiserbische Initiativen befreien wolle. Deshalb sollte Serbien aufgeben und zustimmen.

„Der Dialog, zu dem Brüssel aufruft, ist in Wahrheit kein Dialog. Das ist Druck, dem Belgrad schon seit vielen Jahren ausgesetzt wird, damit wir das anerkennen, was der Westen schon getan hat; damit wir nämlich ‚die Realität anerkennen, in der Kosovo ein unabhängiger Staat ist‘, wie man im Westen zu sagen pflegt“, so die Politologin.

„Alles, was die Albaner gerade tun, ist dermaßen radikal und anmaßend, dass ich wirklich

nicht verstehe, wie die Behörden in Belgrad unter solchen Bedingungen der Fortsetzung der Verhandlungen zustimmen könnten. Die Atmosphäre ist einfach katastrophal. Sie war ohnehin ziemlich schlecht, aber jetzt ist sie noch 1000 Mal schlimmer geworden. An den Verhandlungstisch würden sich jetzt nur solche Politiker setzen, die von Anfang an bereit wären, zu verlieren“, resümierte Jelena Vukoicic.

lug-info.com: „Heute wurden im Ergebnis von Beschluss seitens der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Solotoje-4 auf das Gebiet von **Michajlowka** und **Marjewka (Solotoje-5)** Wohnhäuser und zivile Infrastruktur beschädigt“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.
„Nach vorläufigen Informationen wurden eine Stromleitung und eine Gasleitung beschädigt.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2 wird nicht blockiert: Merkel spricht von Einigung von EU-Staaten**

Die EU-Mitgliedsstaaten haben am Freitag laut Bundeskanzlerin Angela Merkel den Kompromissvorschlag von Deutschland und Frankreich zur Gaspipeline Nord Stream 2 angenommen.

Es sei ein wichtiger Schritt mit großer Mehrheit in Richtung der Richtlinie gelungen, sagte Merkel am Freitag in Berlin.

Eine in Brüssel von Vertretern der EU-Staaten ausgehandelte Einigung sieht vor, über Änderungen an der EU-Gasrichtlinie strengere Auflagen für das Projekt zu erlassen. Zuvor hatte die AFP berichtet, Paris und Berlin hätten einen Kompromiss zu Nord Stream 2 erzielt. Dieser soll es Berlin ermöglichen, als Hauptunterhändler Moskaus in dem Projekt zu agieren. Demzufolge soll die Zuständigkeit für Gaspipelines mit Drittstaaten wie Russland bei dem EU-Land liegen, wo die Leitung erstmals auf das europäische Netz trifft – in diesem Fall ist das Deutschland.

Zuvor hatte Paris überraschend seinen Widerstand gegen das Gasprojekt angekündigt. Zunächst hatte die „Süddeutsche Zeitung“ darüber berichtet. Am Donnerstag bestätigte das Außenministerium in Paris, dass die französische Regierung eine Überarbeitung der europäischen Gasdirektive wolle. Ziel dieser Überarbeitung soll es gewesen sein, dass die Regeln des Dritten Energiepakets für alle Gaspipelines von Nicht-EU-Ländern angewandt werden. Die geforderten Änderungen sollten die Umsetzung des Gasleitungs-Projekts Nord Stream 2 beschränken.

Dan-news.info: **Psychischer Druck, Erpressung, Drohung mit Vergeltung** – das ist bei weitem nicht die vollständige Liste der Aktivitäten der Mitarbeiter des SBU gegenüber auf dem von Kiew kontrollierten Territorium lebenden Familien von Soldaten der DVR. Über neue Fälle von Einschüchterung und deren Folgen berichtete der Soldat der Volksmiliz der DVR Eduard Klypa bei einer Pressekonferenz bei DAN.

Vor einigen Jahren wurde er von Agenten des SBU angeworben, die ihm mit Vergeltung an seinen Verwandten drohten, falls er die Zusammenarbeit ablehnen sollte. Zu den Pflichten des Angeworbenen gehörten: Sammlung und Übergabe von Informationen über die Streitkräfte der DVR, Unterstützung bei der Organisation von Terrorakten und Diversionen auf dem Territorium der Republik. Klypa nahm dennoch Kontakt mit Spezialdiensten der DVR auf, aufgrund dessen gelang es 2017 einen großen Terrorakt zu verhindern.

Seit dieser Zeit hat der Mann im Interesse seiner alten Eltern keinen Kontakt mit seiner Familie aufgenommen. Nach zwei Jahren versuchte er Informationen über die Gesundheit seiner Verwandten zu erhalten. Es kam heraus, dass die Eltern trotz des fehlenden Kontakts psychischem Druck ausgesetzt wurden.

„Ich erfuhr, dass mein Vater gelähmt ist, er kann nicht sprechen, weil seit März 2017 regelmäßig inoffizielle Hausdurchsuchungen waren, um Waffen und anderes zu finden. Sie (die Mitarbeiter des SBU) interessierten sich dafür, wo der Sohn ist, sie erzählten, dass ich ein Verräter sei und sie mich auf jeden Fall finden. Im Ergebnis geriet die Mutter mit einem Herzinfarkt ins Krankenhaus. Jetzt ist sie zu Hause, aber ihr Zustand ist nicht gut“, sagte Klypa.

Er erzählte, dass sich nach dem Versuch, mit der Familie Kontakt aufzunehmen, der Druck von Seiten des SBU verstärkte. Als Beweis wurden den Journalisten Ausschnitte auf einem Telefongespräch mit der Mutter vorgespielt. Die Gespräche dauerten etwa 20 Sekunden. Es ist dort zu hören, wie die Frau mit stockender Stimme von regelmäßigen Durchsuchungen, Willkür der Soldaten spricht.

de.sputniknews.com: **„Tod den USA“: Chamenei erläutert antiamerikanischen Slogan**

Das geistliche Oberhaupt des Iran, Ayatola Ali Chamenei, hat den antiamerikanischen Slogan „Tod den USA“ – oder seine mildere Version „Weg mit den USA“ – erläutert. Der Spruch richtet sich nicht gegen das US-amerikanische Volk, sondern gegen US-Politiker.

Der persische Satz „Marg bar Āmrikā“ bedeutet „Tod den USA“. Allerdings wird der Slogan in offiziellen iranischen Übersetzungen abgemildert und lautet „Weg mit den USA“ (Down with America). Die Losung wird seit der Iranischen Revolution 1979 von antiamerikanisch gesinnten politischen Gruppierungen und Protestlern verwendet.

„Weg mit den USA“ bedeutet weg mit Donald Trump, John Bolton und Außenminister Pompeo. Es bedeutet Tod den amerikanischen Politikern, die zur Zeit an der Macht sind. Es bedeutet Tod den wenigen Menschen, die das Land leiten“, schrieb Chamenei am Freitag auf Twitter.

„Wir haben nichts gegen das amerikanische Volk“, so das geistliche Oberhaupt weiter. Chamenei ist in seiner Kritik an Washington nicht gerade zimperlich. Zuvor hatte er einige Vertreter des US-Staatsapparats als „erstklassige Idioten“ bezeichnet. „Vertreter des US-Staatsapparats sagen, dass der Iran von Saudi-Arabien lernen sollte, die Menschenrechte zu respektieren. Wie sonst kann man solche Menschen bezeichnen, wenn nicht als Clowns? Weder ihre Drohungen noch ihre Versprechen oder Unterschriften verdienen Aufmerksamkeit und Vertrauen“, schrieb Chamenei auf Twitter.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32388/72/323887200.jpg>

Dan-news.info: Eine Trauerkundgebung aus Anlass des zweiten Jahrestags des Todes des Helden der DVR, des Kommandeurs des Bataillons „Somali“ Michail Tolstych fand heute in

Donezk auf dem Friedhof „Donezkoje Morje“ statt, wo das Grab des legendären Kommandanten ist.

Um das Andenken von „Giwi“ zu ehren, kamen das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, Vertreter von Ministerien und Behörden, Abgeordnete des Volkssowjets, Verwandte und Kameraden von Tolstych und viele andere. Insgesamt versammelt sich mehr als 2000 Menschen.

„Es sind bereits zwei Jahre seit dem Mord an dem Helden der DVR, dem legendären Kommandeur des Bataillons „Somali“ Michail Tolstych vergangen. Jeder Terrorakt hat das Ziel, den Willen zu brechen, einzuschüchtern und Panik zu säen. Darauf zielte unser Feind ab, aber er hat sich geirrt, denn wir sind stärker geworden. „Giwi“ ist eine Legende und Legenden sterben nicht!“, sagte Puschilin.

Das Republikoberhaupt nannte Michail Tolstych ein Vorbild zur Nachahmung und unterstrich, dass die Heldentaten des Helden der DVR in der Republik niemals vergessen werden. Ehemalige Kameraden des legendären Kommandanten erinnerten an seine Kühnheit und Mut, die er während des Kriegs im Donbass zeigte.

„Für unser ganzes Personal ist er ein kühner und mutiger Kommandeur geblieben. Dank ihm haben sich alle Gleichgesinnten zusammengeschlossen. Er starb nicht im Kampf, sondern durch einen gemeinen und ehrlosen Terrorakt. Leider ist dies nicht der einzige Fall für unsere Republik, es gab solche vor Mischa und nach ihm. Und wir haben die Kraft, zu erreichen, dass solche Fälle sich in unserer Republik nicht wiederholen“, sagte der Oberstleutnant Sergej Miroschnitschenko.

Dann ehrten die Anwesenden das Andenken des Toten mit einer Schweigeminute, es ertönte ein Salut mit Schusswaffen. Priester führten einen Trauergottesdienst für den toten Helden der DVR durch. Die Veranstaltung endete mit einer Niederlegung von Blumen am Grabmal des Kommandeurs. Innerhalb weniger Minuten war das Grab mit Blumen übersät. Die Kundgebung dauerte etwa eine Stunde.

Michail Tolstych (Codename „Giwi“) wurde 1980 in Ilowajsk geboren. Er leistete den Wehrdienst in den Streitkräften der Ukraine. In den Reihen der Miliz der DVR kämpfte er seit Beginn des Konflikts. Ab Mai 2014 war er an den Kämpfen um Slawjansk beteiligt, dann um Ilowajsk und ab September um den Donzeker Flughafen. Der Held der DVR war zweifacher Kavlier des Georgskreuzes, ausgezeichnet mit der Medaille „Für die Verteidigung von Slawjansk“, Oberst der Streitkräfte der Republik. Auf Tolstych wurden mehrfach Anschläge verübt, er wurde mehrfach im Kampf verletzt. Er starb durch einen Terrorakt am 8. Februar 2107 im Gebäude des Stabs der Einheit „Somali“ in Makejewka.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/02/dan-news.info-2019-02-08_10-19-31_097124-----20-1024x683.jpg

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2 bietet die günstigste Gaslieferung nach Europa – Kreml**

Nord Stream ist aus Sicht der Wirtschaftlichkeit und Sicherheit die günstigste Variante der Gaslieferung nach Europa. Dies erörterte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow gegenüber Reportern am Freitag.

Laut Peskow ist Moskau weiterhin überzeugt, dass dieses Projekt im Interesse der europäischen Staaten als Energieverbraucher sowie Russlands als Gasversorger sei.

„Wir sind sicher, dass es wirtschaftlich günstiger ist als alle anderen wettbewerbsfähigen Möglichkeiten zur Erdgas-Lieferung nach Europa. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass es keine sicherere und stabilere Route für die Gaslieferungen nach Europa geben kann“, erklärte der Pressesprecher.

Moskau weise die Behauptungen nachdrücklich zurück, dass die Umsetzung von Nord Stream 2 die Abhängigkeit Europas vom russischen Gas verstärken werde. Denn wenn es überhaupt eine Abhängigkeit gebe, gelte dies für beide Seiten. Denn Russland sei in gleichem Maße von der europäischen Nachfrage anhängig, wie Europa von den Gaslieferungen.

Eine solche gegenseitig vorteilhafte Abhängigkeit sei Voraussetzung für eine angenehme Beziehung, so Peskow.

Er wies außerdem darauf hin, dass die Haltung der USA in Bezug auf Nord Stream 2 mit fairer Konkurrenz unvereinbar sei. Denn Washington wolle den europäischen Staaten sein eigenes Gas mit um etwa 30 Prozent höheren Preisen aufzwingen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32326/37/323263799.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR am 08.02.2019 über die Situation an der Kontaktlinie vom 2. bis 8. Februar 2019**

In der letzten Woche wurden in den Einheiten der Volksmiliz der DVR bilaterale kompanietaktische Übungen von Panzergrenadiereinheiten durchgeführt. Außerdem haben Soldaten der Volksmiliz der DVR gemeinsam mit Freiwilligen Familien gefallener Soldaten, die in der Siedlung Trudowskije leben, mit Kohle versorgt.

In den letzten 24 Stunden wurden 16 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt, es wurden die Gebiete von acht Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 30. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft von Garas das Gebiet von **Sajzewo** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 57. Panzergrenadier-, der 128. Gebirgsturms- und der 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft der Kriegsverbrecher Mischantschuk, Chog und Klotschkow aus die Gebiete von **Wasiljewka, Dokutschajewsk, Spartak** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Gestern haben die Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl von Klotschkow ein weiteres Mal die **Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke** im Gebiet von Wasiljewka beschossen und so das Leben und die Gesundheit der Mitarbeiter in Gefahr gebracht. Die Arbeiter der Station konnten sich im Schutzraum vor dem feindlichen Beschuss in Sicherheit bringen, Opfer konnten vermieden werden.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Derschinskoje, Leninskoje** und **Sachanka** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Außerdem haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade heute Morgen wieder Wohnhäuser in Leninskoje mit 120mm-Mörsern beschossen. Ich merke an, dass die sogenannten ukrainischen Luftlandesoldaten – in Wirklichkeit aber gewöhnliche Banditen – geschossen haben und dabei die Feuerstellungen für zwei Mörser mitten auf der Straße zwischen Wohnhäusern von Wodjanoje eingerichtet haben. So gewährleisteten die Kämpfer ihre Sicherheit, indem sie sich hinter friedlichen Einwohnern verstecken. Sie wissen, dass wir nicht auf die Ortschaft schießen werden und nutzen das und gefährden wie immer die Zivilbevölkerung.

Für die ukrainischen Luftlandesoldaten lief alles nach Plan, solange die hochgelobten ukrainischen Waffen nicht versagten. **Der ruhmreiche Mörser „Molot“**, der bereits das Leben von mehr als zehn ukrainischen Kämpfern genommen hat, hat die Kämpfer wieder enttäuscht. Nach Informationen von zuverlässigen Quellen in der Donezker militärisch-zivilen Oblastverwaltung **detonierte** einer der Mörser **beim siebten Schuss**, dabei starben zwei Mörserschützen, drei wurden schwer verletzt. Wie es jetzt üblich ist zu sagen, ein blitzartiges Karma, das die Verbrecher erreicht hat.

Um den Vorfall zu verheimlichen, gab der Kompaniekommandeur der 79. Brigade Leutnant A.W. Pastuchow seine toten und verletzten Untergebenen als Verluste angeblich im Ergebnis eines Beschusses von unserer Seite aus.

Dies ist nicht der einzige Fall, dass Feuerpositionen ukrainischer Kämpfer in Wohngebieten von Ortschaften liegen, um das Territorium der Republik unter Deckung friedlicher Bürger beschießen zu können. Eine solche Handlungstaktik wird unter den ukrainischen bewaffneten Formationen ganz und gar populär und wird immer öfter an der gesamten Kontaktlinie verwendet. Ich empfehle der Führung der OSZE nachdrücklich, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und das ukrainische Kommando zu zwingen, die Waffen aus den Ortschaften abzuziehen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten.

Ich merke an, dass diese Provokation für uns nicht unerwartet kam. Dass der Kommandeur der 79. Brigade seinen Untergebenen die Aufgabe stellte, provokativen Beschuss in seinem Verantwortungsbereich in Anwesenheit ukrainischer Massenmedien zu führen, wurde uns durch die Aussagen eines weiteren ukrainischen Gefangenen, der von unseren Soldaten ergriffen wurde, bekannt.

Zuvor haben wir vor Provokationen gewarnt, die Kiew im Vorfeld eines Besuchs ausländischer Delegationen in Mariupol vorbereitet. Eigentlich beobachten wir nun die Realisierung dieser hinterhältigen Pläne, die auf die Meinungsbildung bei den westlichen Diplomaten bezüglich des angeblichen Verteidigungscharakters der Aktivitäten der ukrainischen Kämpfer im Donbass abzielen.

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt. Die Intensität des Beschusses von Seiten der BFU bleibt auf dem bisherigen Niveau. Insgesamt wurden **in der letzten Woche 120 Beschießungen auf die Gebiete von 19 Ortschaften** der Republik festgestellt, wobei Mörser des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet wurden.

Beim Monitoring der festgelegten Lagerorte für abgezogene schwere Waffen haben die OSZE-Beobachter 23 122mm-Haubitzen „Gwosdika“, 28 Mörser und drei Antipanzergeschütze „Rapira“ nicht vorgefunden.

Außerdem haben die Beobachter der OSZE-Mission Waffen der BFU, die in Verletzung der Abzugslinien stationiert sind, festgestellt: neun 203mm-Haubitzen „Pion“, neun 152mm-Haubitzen „Akazija“, eine 152mm-Haubitze „Giazint-S“, sechs 122mm-Haubitzen „Gwosdika“, drei Abwehrraketekomplexe „Strela-10“, vier Panzer und zwei Antipanzergeschütze „Rapira“.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen weiter zielgerichtet Wohnhäuser von friedlichen Bürgern der Republik. In der letzten Woche wurden zwei Straßen in Staromichajlowka massiv von Seiten von Kämpfern aus der 28. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Martschenko beschossen. Infolge des geplanten Beschusses wurden neun Wohnhäuser beschädigt. Die Kugeln und Splitter trafen Fenster und Wände der Gebäude. Nur durch glücklichen Zufall gab es diesmal keine Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Aber den ukrainischen Terroristen genügte das nicht, am 5. Februar haben sie wieder das Feuer auf Staromichajlowka mit 120mm- und 82mm-Mörsern eröffnet. Dabei haben die Kämpfer der 28. Brigade, um die Siedlung besser zu treffen, eine Drohne gestartet und versucht das Feuer zu leiten. Dank unseren Verteidigern, war den kriminellen Plänen nicht bestimmt, umgesetzt zu werden. Die Drohne wurde von unseren Soldaten abgeschossen. Ich

stelle sie Ihnen hier vor.

Im Internet geht ein Dokument um, von dem behauptet wird, dass es per E-Mail von einem ukrainischen Offizier kam. Es ist ein Bericht des kommissarischen stellvertretenden Kommandeurs der Besatzungskräfte, zuständig für moralisch-psychische Betreuung Oberst Kowalenko an seinen Kiewer Vorgesetzten.

Uns interessierte die in diesem Dokument enthaltene Information, und wir beschlossen, seine Zuverlässigkeit zu überprüfen. Die von einigen Quellen erhaltenen Mitteilungen erlauben es mit Überzeugung zu sagen, dass die Maßnahmen, die in dem Bericht ausgeführt werden, tatsächlich in allen Truppenteilen der ukrainischen Armee, darunter auch in den Brigaden, die sich in der Kampfzone befinden, durchgeführt wurden.

Ich gehe kurz auf einige interessante Momente ein. **Den Brigadekommandeuren**, die Aufgaben in der Zone der Operation der Besatzungskräfte erfüllen, **ist kategorisch verboten**, **„bestimmte Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Ukraine oder deren Vertrauenspersonen“**, **zu dem ihnen unterstellten Personal zu lassen**. Welche das genau sind, kann man mühelos erraten, die Kandidaten, die in Bezug auf ihre Popularität für Poroschenko eine ernsthafte Konkurrenz darstellen.

Außerdem haben die ukrainischen Kommandeure **Maßnahmen** ausgearbeitet und mit deren Umsetzung begonnen, **„die eine negative Wahlkampfagitation, die Poroschenko diskreditiert, verhindern sollen“**, und auf die Soldaten wird täglich Informationsdruck ausgeübt, wobei Poroschenko heroisiert wird und von seinen angeblichen Errungenschaften in seiner fünfjährigen Regierungszeit erzählt wird.

In dem Bericht wird mitgeteilt, dass Personaldaten von Soldaten gesammelt werden, um sie dann gemäß ihrer Bestimmung verwenden. Man kann mit Überzeugung annehmen, dass diese Daten erfolgreich für die Fälschung der Wahlergebnisse zugunsten Poroschenkos verwendet werden.

Trotz der durchgeführten Agitationsarbeit bemerken die Politstellvertreter eine äußerst niedrige Popularität des derzeitigen Präsidenten unter den Soldaten, besonders in der 58., 93. und 128. Brigade. In diesen sind nicht mehr als 6 bis 8 Prozent bereit für den gegenwärtigen Präsidenten zu stimmen. Gleichzeitig äußern in diesen Brigaden 50 bis 60 Prozent der Soldaten überhaupt offen ihre Unzufriedenheit mit Poroschenko und mit der von ihm durchgeführten Politik.

Zum Abschluss, als Maßnahme zur Erhöhung des Ratings von Poroschenko unter den Soldaten der drei Brigaden erbittet der Politstellvertreter der Besatzungskräfte vom übergeordneten Stab - was würden Sie denken? - siebzehn Fernsehgeräte! Allem Anschein nach hoffen die ukrainischen Kommandeure, dass die Lügen und Propaganda, die sich von den Fernsehbildschirmen ergießt, die Meinung der Kämpfer grundsätzlich zugunsten Poroschenkos wird verändern können.

Wir wir sehen, setzt die Administration des Präsidenten der Ukraine bei den bevorstehenden Wahlen den Schwerpunkt auf die administrativen Ressourcen und bereitet sich auf eine Fälschung der Ergebnisse vor, weil die Zahl der realen Stimmen es nicht einmal erlauben wird, dass Poroschenko unter die fünf führenden Kandidaten gerät. Unter den ukrainischen Soldaten hat das Kiewer Kommando unter Verletzung der geltenden Gesetze eine groß angelegte Agitations- und Propagandatätigkeit für einen konkreten Kandidaten entfaltet. Poltorak, Mushenko, Najew, Sabrozkij, alle Brigadekommandeure und weitere Kriegsverbrecher sind an einem Wechsel ihres Herrn nicht interessiert. Sie sind sich darüber im Klaren, dass ihre Karriere im Fall der Regierungsübernahme eines vernünftig denken Menschen ein Ende finden wird, und dass sie für alle Kriegsverbrechen gegen das eigene Volk vor einem Militärtribunal zur Verantwortung gezogen werden.

Der russische Vize-Außenminister Sergej Werschinin hat den Stopp der israelischen Angriffe gegen Syrien gefordert. Dadurch wird die Lage in der Region laut dem Diplomaten nur noch schlimmer.

„Was die jüngsten israelischen Attacken angeht, haben wir erklärt, dass solche willkürliche Angriffe auf das souveräne syrische Territorium gestoppt werden sollten“, so Werschinin.

Jegliche Attacken gegen Syrien destabilisieren die Lage weiter, betonte er.

Der Diplomat wies zugleich darauf hin, dass es zwischen Israel und Russland ständige Absprachen im Militärbereich gebe. Dieser Kommunikations-Draht funktioniere bereits seit über einem Jahr und werde weiter verbessert.

Syrische Medien melden regelmäßig Luftangriffe seitens Israels. Im September war es zu einer Tragödie gekommen, als ein russisches Aufklärungsflugzeug Il-20 in Latakia bei einer israelischen Attacke versehentlich von einer syrischen Luftabwehrrakete getroffen wurde. 15 russische Soldaten kamen ums Leben.

Moskau reagierte darauf mit der Lieferung von S-300-Luftabwehrsystemen nach Syrien – ein Schritt, auf den Russland davor wegen Rücksichtnahme auf Israels Bedenken verzichtet hatte.

Dnr-online.ru: In der Donezker Schule Nr. 30 wurde das Andenken des Soldaten der Brigade „Prisrak“ Wsewolod Petrowskij (Kowyl) geehrt.

Die Veranstaltung fand im Rahmen einer Sitzung des historischen Klubs „Patriot“ statt, teilt ein Korrespondent der offiziellen Seite der DVR mit.

„Sewa nannte sich einen Patrioten des Donbass. Hier waren seine Freunde, seine Arbeit, die Heimat, die er nicht verlassen wollte“, erzählte Wjatscheslaw Petrowskij, der Vater von Wsewolod. Tatjana Petrowskaja, die Mutter des gefallenen Soldaten, sagt, dass Wsewolod selbst seine Handlungen nie als Heldentaten ansah. Er sah sie als seine Pflicht.

„Diese Veranstaltung ist tatsächlich sehr wichtig. Vier Jahre sind seit diesem tragischen Ereignis vergangen. Ich weiß, dass der Schmerz der Eltern ihr ganzes Leben lang bleibt. Dennoch möchte ich, dass wir es mit solchen Veranstaltungen irgendwie mildern können“, sagte der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Miroslaw Rudenko.

Während der Veranstaltung lasen die Schüler der Schule Verse, zeigten Filme und sangen Lieder über die Verteidiger des Donbass. Ein solches Treffen findet in der Schule Nr. 30, die Sewa besuchte, schon zum vierten Mal statt, zu ersten Mal 2016. Nach den Worten der Organisatoren leistet der historische Klub, indem er das Andenken der gefallenen Soldaten ehrt, seinen Beitrag zur patriotischen Erziehung der Jugend.

de.sputniknews.com: Kiew wird Militärübungen nahe Krim abhalten

Die Ukraine plant, vier Kampfschießübungen im laufenden Jahr durchzuführen. Die erste davon soll auf einem Übungsgelände im Gebiet Cherson stattfinden, das an die Halbinsel Krim grenzt. Dies geht aus einer Mitteilung des Kommandos der ukrainischen Luftwaffe hervor.

Demnach sollen 2019 vier Militärübungen stattfinden, bei denen die Besatzungen der Flugabwehrraketensysteme Buk-M1, S-125 und S-300 das Kampfschießen trainieren sollen. Insgesamt sollen mehr als 150 Ausbildungsmaßnahmen der ukrainischen Militärs, darunter Plan- und Alarmübungen, durchgeführt werden. Alle Manöver sollen unter gefechtsnahen Bedingungen abgehalten werden, heißt es in der Mitteilung.

Die ersten Schießübungen der Flugabwehrraketensysteme sollen schon im Februar 2019 auf dem Übungsplatz Jagorlyk stattfinden.

Im November 2018 hatte die Ukraine bereits Raketenschießübungen in der Nähe der Halbinsel Krim abgehalten. Der Vizepräsident des Parlaments der Republik Krim Jefim Fiks bezeichnete die Übungen als Säbelrasseln. Laut dem Vizechef des Expertenrates beim Oberhaupt der Republik Krim, Alexej Formantschuk, konnten diese Übungen die Bevölkerung der Halbinsel nicht gefährden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32269/73/322697391.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute haben die bewaffneten Formationen der Ukraine während des Schichtwechsels in der Wasiljewker Pumpstation das **Feuer auf ein Dienstfahrzeug des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ eröffnet**, das auf der Straße aus Richtung der Pumpstation fuhr.

Der Beschuss erfolgte aus Richtung Kamenka in Richtung Krutaja Balka mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen. Zum Zeitpunkt des Beschusses befanden sich elf Mitarbeiter der Station in dem Fahrzeug, darunter drei Frauen. Als sie die Schussgeräusche hörten, konnten die Mitarbeiter das Fahrzeug verlassen und am Straßenrand hinter einer Schneewehe in Deckung gehen. Das Feuer hörte während einer halben Stunde nicht auf.

Die Vertretung der DVR im GZKK hat zusätzliche Sicherheitsgarantien bei der ukrainischen Seite im GZKK angefragt. Nach der Herstellung von Ruhe konnte das Personal den Beschussort verlassen. Schäden und Verletzte wurden nicht festgestellt.

de.sputniknews.com: **Maduro zu Parlaments-Neuwahl bereit**

Der venezolanische Präsident Nicolas Maduro hat sich zu einer vorgezogenen Parlamentswahl bereit erklärt.

„Ich schlage vorgezogene Wahlen zur Nationalversammlung vor und werde sie ratifizieren“, sagte Venezuelas Staatschef. Zugleich betonte er, das neue Parlament würde „zur Stabilisierung des Landes beitragen“. Das venezolanische Volk brauche „wirtschaftliche Erholung, Frieden und eine stabile Verfassung“. Dafür solle man die Nationalversammlung erneut wählen.

Die Opposition stelle sich aber dagegen. „Sollten wir ankündigen, dass wir in 30 Tagen neue Wahlen abhalten werden, würden sie (die Regierungsgegner – Anm. d. Red.) dann Gründe dafür finden, um nicht daran teilzunehmen“, verwies Maduro.

Vergangenen Monat begannen in Caracas Massenproteste gegen den amtierenden Staatschef Venezuelas, Nicolas Maduro. ...

Mil-Inr.info: **Wöchentliche Pressekonferenz des Leiter der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 2. bis 8. Februar 2019**

Guten Tag! Heute informiere ich über Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR und die Lage an der Kontaktlinie in der letzten Woche.

In der letzten Woche wurden mit dem Personal der Volksmiliz der LVR planmäßige Übungen

unter maximal dem Ernstfall angenäherten Bedingungen durchgeführt, um die Effektivität zu kontrollieren und die militärischen Fertigkeiten zu verbessern.

Die Einheiten der Volksmiliz lassen wir bisher in ihrer Wachsamkeit nicht nach und befinden sich ständiger Bereitschaft zur Abwehr von Provokationen von Seiten des Gegners und seiner nicht endenden Versuche zur Destabilisierung der Lage in der Republik.

Die ukrainische Seite ignoriert weiterhin die Minsker Vereinbarungen und beschießt Ortschaften der Republik.

Insgesamt haben die ukrainischen Truppen **in der letzten Woche 42-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Auf das Territorium der Republik wurden mehr als 530 Geschosse abgefeuert.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **15 Ortschaften beschossen**.

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf das Territorium der LVR erteilten folgende Kriegsverbrecher und Brigadekommandeure:

der 54. Brigade Majstrenko, der 10. Subanitsch, der 30. Garas.

Vertreter der OSZE-Mission stellen weiter **verbotene Technik der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie** fest. In der letzten Woche wurden mehr als 70 Waffensysteme außerhalb der Lagerorte registriert:

5 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“;

14 122mm-Haubitzen „Gwosdika“;

1 120mm-Mörser 2S12 „Sani“;

8 Artilleriegeschütze 2S1;

28 T-72- und T-64-Panzer;

15 Haubitzen 2A65 „Msta-B“, 2A36 „Giazint-B“, D-30 „Ljaguschka“;

Die vor den OSZE-Beobachtern versteckten Waffen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte werden regelmäßig zum Beschuss des Territoriums der LVR verwendet.

Dank der ukrainischen sogenannten Blogger, die im Internet Videos vom Beschuss des Territoriums der LVR durch Einheiten der ukrainischen Streitkräfte einstellen, haben wir nicht zu widerlegende Beweise von Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite. Der kürzliche Beschuss (6. Februar) eines Lastwagens, der humanitäre Kohle unter Leitung des IKRK an Einwohner von Donezkij lieferte, erfolgte durch die ukrainischen Streitkräfte mit einem Antipanzerraketenkomplex „Stugn-P“. Vertreter der LVR im GZKK haben eine genaue Untersuchung dieses Vorfalles durchgeführt und Fragmente der Rakete eingesammelt, die wir Ihnen vorstellen. Diese Beweismittel sowie Videos, die ukrainische Massenmedien veröffentlicht haben, werden beim nächsten Treffen in Minsk vorgelegt, damit die Handlungen Kiews von den internationalen Rechtsschutzorganisationen bewertet werden können, dann werden die nicht zu widerlegenden Beweise an die Generalstaatsanwaltschaft der Republik zur Aufnahme von Strafverfahren übergeben.

Über dieses Verbrechen werden internationale Organisationen informiert werden, die auf dem Territorium der Republik aktiv sind.

In der letzten Woche hat das Kommando der OOS die **Aufklärung mit Drohnen an der Kontaktlinie aktiviert**.

Unsere Soldaten haben Luftaufklärung durch ukrainische Drohnen in den Gebieten von Stschastje, Nishneje Losowoje und Kalinowka festgestellt.

Außerdem wurde die **Feuerleitung von Artillerie mit Drohnen** durch die 54. Brigade im Gebiet von Solotoje bemerkt. Ergebnis dieser Provokation war ein Beschuss durch Kämpfer des 1. Bataillons der 54. Brigade mit 120mm-Mörsern auf eine Kreuzung am südlichen Rand des Trennungsabschnitts im Gebiet von Solotoje-5. Diese Kreuzung wird von Zivilisten aus Perwomajsk, Molodjoshnoje und Solotoje-5 genutzt.

Der Beschuss und das Kaliber der verwendeten Waffen wurden im OSZE-Bericht vom 31. Januar 2019 bestätigt.

Neben der Luftaufklärung und der Leitung des Artilleriefeuers auf die Zivilbevölkerung

nehmen die Strafeinheiten der ukrainischen Armee auch nicht von Diversionstätigkeiten Abstand.

So wurde die Ankunft einer Aufklärungsgruppe aus der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Stschastje bemerkt, die für die Destabilisierung der Lage und die Durchführung von Diversionen in Bezug auf Objekte der zivilen Infrastruktur und friedliche Bürger sorgen soll.

Wir rufen das Kommando der „OOS“ auf, von provokativen Handlungen Abstand zu nehmen, weil alle Versuche einer Aggression von Seiten des Gegners zu weiteren Opfern unter Ihren Untergebenen führen werden.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine verwendet Poroschenko alle ihm zugänglichen Kräfte und Mittel, um Stimmen zu erhalten.

Im Zusammenhang mit dem äußerst niedrigen Rating, besonders auf dem von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorien des Donbass, zieht Poroschenko nationalistische Formationen der 46. Spezialbataillons „Donbass“ und des Regiments „Asow“ der Nationalgarde der Ukraine heran, um sogenannte „Aufklärungsarbeit“ unter privaten Unternehmern zu betreiben. Die Kämpfer drohen mit Pogromen und physischer Vergeltung und zwingen die Leiter von Unternehmen, Agitation unter den Mitarbeitern durchzuführen und Agitationsmaterialien nur für den derzeitigen Präsidenten auszulegen.

Gerade unter Poroschenko konnten die Nationalisten ihre Tätigkeit in der Ukraine auf eine gesetzliche Grundlage stellen und haben vollständige Unterstützung erhalten und sind nicht an einem Wechsel des Herrn interessiert. Sie wissen, dass wenn ein Menschen an die Regierung kommt, der am Bestand der Ukraine interessiert ist, ihre Willkür ein Ende finden wird und sie die übrigen Tage ihres sinnlosen Lebens aufgrund der zahlreichen Verbrechen gegen das ukrainische Volk im Gefängnis verbringen werden.

Neben den Nationalisten setzt Poroschenko auf das Kommando der ukrainischen Streitkräfte, dass unter der Drohung alle Prämien und Zuschläge zu verlieren, die Soldaten zwingt für den derzeitigen Präsidenten zu stimmen.

Wir stellen weiter ein Anwachsen von Verbrechen fest, die von ukrainischen Kämpfern auf von Kiew kontrolliertem Territorium begangen werden.

Am 6. Januar haben fünf Kämpfer von „Asow“ in Luganskoje den Inhaber eines Lebensmittelgeschäfts heftig geschlagen, weil er mit dem Aufhängen eines Wahlkampfbanders für den derzeitigen Präsidenten an der Fassade seines Geschäfts nicht einverstanden war.

Der Mann wurde in ernstem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert, es wurde ein Strafverfahren wegen Überfall aufgenommen.

Im Zusammenhang mit den sich häufenden Fällen von Desertionen hat das ukrainische Kommando eine groß angelegte Kampagne zur Agitation der Bevölkerung des Donbass im Einberufungsalter zum Eintritt in die ukrainischen Streitkräfte angelegt, um irgendwie die Einheiten in der OOS-Zone aufzufüllen. Die traurigen Versuche der ukrainischen Agitatoren haben nicht das gewünschte Ergebnis erbracht, die Jugend will trotz der verlogenen Versprechungen hoher Löhne und sozialer Ermäßigungen nicht in den Schützengräben sitzen und für die korrumpierte Regierung Poroschenko-Grojsman sterben.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte wird immer mehr Menschen der verbrecherische Charakter des Dienstes in den Reihen der ukrainischen Armee bewusst.

So verließ in der letzten Woche ein Soldat einer der Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte im Verantwortungsbereich der Volksmiliz seinen Dienort und äußerte den Wunsch, in die Reihen der Volksmiliz der LVR einzutreten. Aus Gründen der Sicherheit seiner Verwandten, die auf dem zeitweilig von den ukrainischen Streitkräfte kontrolliertem Territorium zurückgeblieben sind, können wir seine Personaldaten nicht veröffentlichen. Nach den uns vorliegenden Informationen erzählte der junge Mann, dass er nur ganz kurz in der OOS-Zone gedient hat, nicht an Kämpfen gegen die Republik beteiligt war. Der Soldat erzählte von brutalem Verhalten der Kommandeure gegenüber dem Personal, regelmäßigem Zurückhalten

von Soldzahlungen, einem geringen Niveau der Versorgung mit allen Arten von Lebensmitteln.

Es ist wichtig anzumerken, dass dieser Fall kein Einzelfall ist und regelmäßig Soldaten der ukrainischen Armee so handeln.

Wir rufen alle ukrainischen Soldaten auf, sich an uns zu wenden, ihr Leben zu erhalten und heil und gesund nach Hause zurückzukehren.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR tun ununterbrochen militärischen Dienst, halten das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Wir sind auf die Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg ausgerichtet, aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und eine adäquate Antwort zu geben.

abends:

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 08.02.2019**

Heute wurde durch **Beschuss mit einer Leuchtmine**, die nach dem Prinzip eines Brandgeschosses genutzt wurde, durch Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade von den Positionen in Wodjanoje aus, ein Wohnhaus in **Leninskoje** zielgerichtet in Brand gesetzt. Durch Soldaten der Volksmiliz wurde der Brand gelöscht und eine Ausbreitung auf andere Häuser des Dorfes verhindert.

Unsere Soldaten leisteten der friedlichen Bevölkerung Hilfe, dies musste der Gegner mit seinen Beobachtungseinrichtungen sehen, aber die Strafsoldaten machten bei dem Erreichten nicht halt. Kämpfer aus der 79. Brigade, die das Feuer mit Hilfe einer Drohne leiteten, beschossen wieder zielgerichtet dieses Gebiet, dabei **starben drei unserer Soldaten**, die den Brand löschten. Ein **weiterer Soldat** der Volksmiliz versuchte die Leichen seiner Genossen aus dem beschossenen Gebiet zu bringen, aber er **starb** auch aufgrund der Geschosse der ukrainischen Mörser. Wir drücken den Familien der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Außerdem haben heute Kämpfer aus der 93. mechanisierten Brigade **wieder Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ beschossen**, die das Territorium der Wasiljewker Pumpstation verließen. Ein graues Fahrzeug der Marke „UAS“ mit der charakteristischen gut erkennbaren Aufschrift „Woda Donbassa“ wurde von ukrainischen Kämpfern mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Elf Mitarbeiter der Station, darunter drei Frauen, schafften es mit Beginn des Beschusses das Fahrzeug zu verlassen und am Straßenrand in Deckung zu gehen. Zum Glück gab es dieses Mal keine Opfer.

Wir rufen die internationalen Organisationen, insbesondere die OSZE, auf, nicht ein weiteres Mal die Aufgabe vor den Verbrechen der ukrainischen Truppen zu verschließen und diese objektiv und prinzipiell zu bewerten.

de.sputniknews.com: **USA: Ergebnisse der Demokratieförderung in Russland sind „enttäuschend“**

Walerija Filippowa

Laut dem im Januar veröffentlichten Bericht des Congressional Research Service „Demokratieförderung: Ziel der US-Auslandshilfe“ wandten die USA im vorigen Jahr für die Entwicklung der „Demokratie“ in Russland die größte Geldsumme auf. Zu ihrer Enttäuschung aber vergeblich.

Man muss den Vereinigten Staaten zugutehalten, dass sie ihre Einmischung in innere

Angelegenheiten anderer Staaten nicht verheimlichen. Im Gegenteil machen sie Informationen darüber öffentlich. 6,3 Millionen US-Dollar: So viel Geld butterte 2018 die amerikanische Stiftung „National Endowment for Democracy“ (NED), die aus dem staatlichen Haushalt finanziert wird, in die „Demokratieförderung“ in Russland. Damit stieg es im Vergleich zum Jahr 2017 vom dritten auf den ersten Platz im Ranking der größten „Empfängerländer“ auf. An der Spitze des Rankings stehen auch Kuba (5,8 Mio. Dollar), China und Tibet (5,7 Mio. Dollar), Myanmar (5,6 Mio. Dollar) sowie die Ukraine (3,9 Mio. Dollar). Die Autoren des Berichts bemerken gleichzeitig, dass die NED-Zuschüsse oft viel geringer als das Niveau der Unterstützung sind, die durch die US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) und Regierungsprogramme dieser Agentur geleistet wird. Also heißt das, dass Washington für die „Demokratieförderung“ in Wirklichkeit noch mehr Geld ausgibt? Wie dem auch sei, die USA sind mit den Ergebnissen dieser Arbeit in Russland nicht zufrieden:

Im letzten Jahrzehnt „ist den enttäuschenden Ergebnissen der US-Demokratieförderung an strategisch wichtigen Orten wie Ägypten und Russland viel Aufmerksamkeit geschenkt worden.“

Demokratie auf US-Art

Es ist bemerkenswert, dass neben Russland auch Ägypten genannt wird. Der ägyptische Politologe Tarek Heggy stellt fest, dass derzeit ein neuer, von den USA unabhängiger außenpolitischer Kurs in seinem Land gebildet werde. Präsident as-Sisi sei der Erste gewesen, der nicht Washington sondern Moskau als strategischen Partner betrachte. Außerdem konnte as-Sisi Ägypten „vor Anarchie und zerstörerischem Chaos retten“, die nach dem „Arabischen Frühling“ in anderen Ländern – wie Syrien oder Libyen – ausbrachen. Und von solchen Ergebnissen sind die USA „enttäuscht“.

Gerade im Nahen Osten und in Nordafrika zeigte sich die Demokratie auf US-Art in voller Schönheit. Der ehemalige CIA-Chef John Brennan deutete in einem Interview an, dass die USA die Folgen des so genannten „Arabischen Frühlings“ falsch berechnet hatten:

„Washington hatte unrealistische Erwartungen, dass der ‚Arabische Frühling‘ den autoritären Regimes ein Ende setzen und zum Aufblühen der Demokratie führen würde, weil das Volk es so will.“ Im Endeffekt führte die Schwächung der Zentralmacht in arabischen Ländern dazu, dass Extremisten-Gruppierungen an Boden gewannen.

Farbrevolutionen als Grund russischen Widerstandes gegen Demokratieförderung

Kein Wunder, dass Russland der „Demokratieförderung“ widersteht. Die Autoren des Berichts bringen diesen Widerstand unter anderem mit den „Farbrevolutionen“ in Nachbarländern in Zusammenhang: „(...) westliche Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Gruppen, die hinter den „Farbrevolutionen“ in Georgien, Kirgisistan und der Ukraine stehen, löste eine Gegenreaktion auf Demokratieförderung in Russland aus (...).“

Die USA machen also kein Hehl daraus, dass sie Machtwechsel in den früheren Teilrepubliken der UdSSR unterstützt haben. Die Ergebnisse der US-Demokratieförderung in Russland sind wohl deshalb „enttäuschend“, weil es hier nicht zu einem Machtwechsel kam. Und obwohl USAID ihre Arbeit in Russland schon 2012 beendet hat und NED als „unerwünscht“ eingestuft worden ist, fließen weiterhin große Geldsummen in die „Demokratieförderung“ in Russland.

The Show Must Go On

Dabei ist kein Ende absehbar. Heutzutage verfolgt die ganze Welt, wie sich Washington unter dem Deckmantel der Demokratie in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einmischt und einen Militäreinsatz erwägt. Und seine europäischen Verbündeten unterwerfen sich gehorsam der US-Politik, als ob sie nach der Zerstörung der Staatlichkeit Libyens (auch unter dem Banner der Demokratie) und nach der Destabilisierung der Situation in Syrien nicht Millionen Flüchtlinge aufgenommen hätten. Aber „the show must go on“ und jeder spielt in dieser Show seine Rolle.

„Demokratie muss im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit und nicht durch Straßenkundgebungen etabliert werden, die mit Gewalt und Spaltung der Gesellschaft drohen. (...) Die ganze historische Erfahrung zeigt, dass man Demokratie von außen nicht aufzwingen kann“, sagte einmal der russische Außenminister, Sergej Lawrow. Aber diese Worte finden kein Gehör, so lange die Naturschätze im Spiel sind.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32389/09/323890979.jpg>

Mil-Inr.info: Heute, am 8. Februar um 15:15 Uhr wurde aus Richtung Solotoje-4 von Strafruppen aus dem 25. Freiwilligenbataillons „Kiewskaja Rus“ der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte **eine Reparaturbrigade des staatlichen Unternehmens „Lugansker Stromnetze“**, die eine beschädigte Stromleitung an der Unterstation „Nowodonbasskaja“ im Gebiet von Solotoje-5 (Michajlowka) reparierten, **beschossen**.

Dabei haben die ukrainischen Truppen Mörser des Kalibers 120mm, Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

Die Ingenieure der „Lugansker Stromnetze“ waren vor Ort, um die Folgen des Beschusses von 9:40 Uhr am 8. Februar zu beseitigen, in dessen Folge einige Masten beschädigt wurden und die Ortschaft Solotoje-5 (Michajlowka) vom Strom abgeschnitten wurde.

Unter Beschuss gerieten auch eine Gruppe von Korrespondenten von Massenmedien und eine Gruppe des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination, dass die Folgen des morgendlichen Beschusses erfasste.

Trotz der Sicherheitsgarantien, die die ukrainische Seite im GZKK gewährt hatte, ignorierten die Besitzer des Bataillons „Kiewskaja Rus“ die Anweisungen des Stabs der 54. Brigade und führten einen verbrecherischen Beschuss durch, um die Reparatur der Stromversorgung der Ortschaft, in der mehr als 200 Menschen leben, und eines Teils von Perwomajsk zu verhindern.

Den Reparaturtechnikern gelang es die Stromversorgung der Ortschaft auf eine Ersatzleitung umzuleiten, aber die Reparaturarbeiten wurden durch den Beschuss abgebrochen und die Gruppe war gezwungen, das gefährliche Gebiet zu verlassen. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

de.sputniknews.com: **„EU scheitert, falls sie den Rechtsextremen Venezuelas folgt“ – Maduro**

Der venezolanische Präsident Nicolas Maduro hat die EU-Länder davor gewarnt, in ihren Bemühungen zur Regelung der Lage in dem lateinamerikanischen Land nur den rechten politischen Kräften Venezuelas recht zu geben.

„Wir haben immer wieder der EU und Federica Mogherini gesagt: ‚Ihr leiht euer Ohr nicht der Wahrheit von Venezuela. Sowohl die EU als auch Mogherini sind zum Scheitern verurteilt, wenn sie dem zuhören und folgen sollten, was die Rechtsextremisten von Venezuela sagen‘“, sagte er am Freitag in einer Pressekonferenz in Caracas.

„Wir bitten bloß um eine Chance für Frieden, aber wir werden nicht gehört“, sagte Maduro in Anlehnung an das Lied von John Lennon „Give Peace a chance“.

Am 23. Januar hatte sich der Präsident der Nationalversammlung von Venezuela, Juan Guaido, im Zuge der Massenproteste gegen den amtierenden Staatschef Venezuelas, Nicolas Maduro, zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt. Die USA und einige anderen Staaten haben Guaido als Interimsstaatschef anerkannt und von Präsident Maduro gefordert, keine Gewalt gegen die Opposition zuzulassen.

Russland, China, die Türkei und einige weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den USA inszenierten Putsch-Versuch sprach.

Wpered.su: Im Haus des ersten Sekretärs des ZK der KP der DVR entstand ein Brand
Am Abend des 7. Februar entstand in Donezk im Haus des ersten Sekretärs des ZK der
Kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow ein Brand. Zum Glück wurde niemand
verletzt, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Dabei brannte das Dach vollständig ab. Dank der operativen Handlungen der Feuerwehr
konnte das Feuer lokalisiert und verhindert werden, dass es auf die benachbarten Häuser
übergriff. Zurzeit werden die Ursachen des Brandes ermittelt.

de.sputniknews.com: Niemand wird Russland „Entscheidungen diktieren“ – Lawrow

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat in Moskau bei einer Veranstaltung anlässlich des Tages des Diplomaten seine Haltung in Bezug auf die Absicht diverser Länder, Russland Entscheidungen diktieren zu wollen, geäußert.

Lawrow zufolge sind Versuche, Moskau zu bestimmten Entscheidungsfindungen in der Außenpolitik zu zwingen, zum Scheitern verurteilt.

„Der Westen ist nicht zum ersten Mal von einem Komplex der eigenen Überlegenheit und Allmacht besessen, aber die Lehren aus der Geschichte sollten nicht vergessen werden. Es sollte keine Zweifel geben - Moskau dazu zu zwingen, außenpolitische Entscheidungen unter jemandes Diktat zu treffen, sind zum Scheitern verurteilt.“, so der Diplomat.

Lawrow hat auch auf die Worte des vor vier Jahren verstorbenen berühmten russischen Diplomaten Ewgenij Primakow verwiesen, laut dem sich Russland als ein Land gezeigt hat, das seine nationalen Interessen in der multipolaren Welt verteidigt. Die USA und ihre europäischen Verbündeten würden das nicht gutheißen, aber so wäre der objektive Verlauf der Geschichte.

Im Hinblick auf die Worte Lawrows ist zudem festzuhalten, dass Russland stets das internationale Recht hochgehalten und sich gegen die völkerrechtswidrige Usurpierung internationaler Vereinbarungen und Zuständigkeiten gestellt hatte.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Venezuela hatte Lawrow vergangene Woche erklärt, dass die USA und ihre Verbündeten mit ihren Handlungen diesbezüglich gegen alle Normen des internationalen Rechtes verstoßen würden und im Grunde genommen einen offenen Kurs auf den Sturz der legitimen Macht in diesem lateinamerikanischen Land genommen hätten.

„Uns beunruhigt natürlich das, was die USA und ihre allernächsten Verbündeten in Bezug auf Venezuela tun, wobei sie gegen alle Normen des internationalen Rechts verstoßen und im Grunde genommen einen offenen Kurs auf den Sturz der legitimen Macht in diesem lateinamerikanischen Land genommen haben“, so Lawrow.

Auch hatte Lawrow vor kurzem Kritik an der Europäischen Union wegen ihrer Vermittlerrolle

im Venezuela-Konflikt geäußert. Diese habe mit ihrem Format einer „Kontakt-Gruppe“ den beteiligten eine etwas merkwürdige Konfiguration der internationalen Zusammenarbeit vorgeschlagen. Die Europäische Union sei mit der Initiative aufgetreten, eine Kontaktgruppe zu bilden, der nach ihrem Ermessen ihre eigenen Mitglieder – etwa acht oder zehn an der Zahl – und eine analoge Zahl lateinamerikanischer Länder angehören sollten. Von welchen Kriterien dabei ausgegangen würde, wisse niemand. Dabei habe man weder Russland noch die Chinesen noch die Amerikaner dorthin eingeladen, teilte Lawrow am vergangenen Montag mit.

Dabei würde der Anspruch der EU auf eine führende Rolle bei den Vermittlerbemühungen Fragen aufkommen lassen, denn diese Vermittlertätigkeit sei von den Ländern aus der Kontaktgruppe vorgeschlagen worden, von denen die meisten, wenn nicht alle, das Ultimatum gegen den Präsidenten Nicolás Maduro unterstützt hätten, welches an diesem Tag abgelaufen sei. Dabei sei von Maduro gefordert worden, neue Präsidentschaftswahlen auszuschreiben. Dies würde bedeuten, dass diese Vermittler nach Ablauf des Ultimatums an diesem Tag als seinen Gegner einen neuen legitimen kommissarischen Präsidenten hätten anerkennen müssen. Das sei jedoch keine Art zu vermitteln. Denn das bedeute ein Ultimatum und keinen Versuch, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, betonte der Minister.